

Ein Haus für die Vereine

Spatenstich für Vereinshaus-Neubau in Vaduz – Kosten von 4,1 Mio. Franken

In Vaduz ist gestern der Spatenstich für den Neubau eines Vereinshauses vorgenommen worden. Mit der Fertigstellung des Projekts, das für rund 4,1 Mio. Franken auf dem ehemaligen Fabrikareal Jenny, Spoerry & Cie. realisiert wird, kann bis Ende 2001 gerechnet werden. Auf vier Geschossen entstehen unter anderem sechs Versammlungsräume und ein Schiessstand für die Zimmerschützen.

Manfred Öhri

Bereits vor drei Jahren hatte der Vaduzer Gemeinderat einstimmig beschlossen, ein Konzept für einen Vereinshaus-Neubau erstellen zu lassen, wie die Gemeinde gestern mitteilte. Dazu wurden alle Vaduzer Vereine angeschrieben und zu einer Sitzung eingeladen, um ihre aktuellen Raumbedürfnisse bekannt zu geben. Diese Umfrage, an der sich 24 Vereinsvertreter beteiligten, ergab da-



In Vaduz ist gestern der Spatenstich für den Neubau eines Vereinshauses vorgenommen worden.

(Bilder: bak)

mals einen Bedarf von insgesamt 2390 Quadratmetern Nettoraumflächen.

Raumprogramm definiert

An einer weiteren Sitzung wurden dann mit den betroffenen Vereinen (15 anwesende Vertreter) die Raumbedürfnisse genauer definiert und eingeordnet. Das Resultat war ein Raumprogramm mit der Bezeichnung, Grösse und Nutzungsart aller notwendigen Räume. Die Vereine wurden ausserdem aufgefordert, ihre Benützungzeiten zu verifizieren, um möglichst viele Doppel- und Mehrfachbenutzungen der künftigen Räumlichkeiten zuzulassen. Das vorgeschlagene provisorische Raumprogramm basierte auf den Angaben der Vereine und diente auch als Grundlage für das weitere Vorgehen.

Der gestrigen Mitteilung zufolge zeigte eine Machbarkeitsstudie der Gemeindebauver-

waltung auf, dass auf dem ehemaligen Fabrikareal Jenny, Spoerry & Cie. zwischen der «alten Schmiede» und dem Musterobjekt des Kunstmuseums ein Baukörper mit einer Bruttogeschossfläche von rund 1600 Quadratmetern realisierbar wäre. Die Kosten für die Realisierung eines Neubaus von dieser Grösse und Art

wurden gemäss grober Schätzung der Bauverwaltung mit 4,2 Mio. Franken beziffert.

Kosten von 4,1 Mio.

Das mit den betroffenen Vereinen überarbeitete Raumprogramm diente in der Folge als Ausgangslage für die Ausschreibung eines Studienauftrages an drei Architekturbüros

in Vaduz. Am 8. Februar dieses Jahres entschied sich der Gemeinderat schliesslich für das Projekt der Keller und Brander Architekten. Die Planungs- und Bauleitungsaufgaben werden aufgrund eines Honorarwettbewerbes durch die Walter Boss Architektur AG erbracht.

Wie am Donnerstag anlässlich des Spatenstichs weiter zu erfahren war, entstehen im neuen, 6245 Kubikmeter umfassenden Vereinshaus auf vier Geschossen insgesamt sechs Sitzungs- und Versammlungsräume für 12 bis 70 Personen, eine Cafeteria mit Teeküche, verschiedene Lager- und Archivräume, Werkstätten und ein Schiessstand für die Vaduzer Zimmerschützen. Die Kosten belaufen sich voraussichtlich auf 4,091 Mio. Franken. Die Bauzeit wird mit rund 15 Monaten angegeben, sodass mit einer Fertigstellung des Vereinshauses auf Ende 2001 gerechnet werden kann.



Bauführer Peter Schaad, Architekt Walter Boss und Bau-Polier Enrico Pinardo (von rechts) auf der neuen Baustelle in Vaduz.

Planungsteam für Vereinshaus

- Auftraggeber: Gemeinde Vaduz
- Architektur/Bauleitung: Walter Boss Architektur AG, Vaduz
- Bauingenieur: Vogt Ingenieurbüro AG, Vaduz
- Fachkoordination: Ospelt Haustechnik AG, Vaduz
- Lüftungsplanung: Ospelt Haustechnik AG, Vaduz
- Heizungsplanung: Batliner und Hasler AG, Eschen
- Sanitärplanung: Nigg Enoec AG, Vaduz
- Elektroplanung: Marquart Elektroplanung & Beratung AG, Vaduz
- Bauphysik/Akustik: Stadlin Bautechnologie, Buchs

Rechtsvorschriften für Handelsvertreter

Regierung verabschiedet Abänderungsantrag zuhanden des Landtages

Die Regierung hat einen Bericht und Antrag zur Abänderung des Allgemeinen Deutschen Handelsgesetzbuches (ADHGB) zuhanden des Landtages verabschiedet.

Gegenstand des Berichts und Antrags ist die Umsetzung der Richtlinie 86/653/EWG des Rates zur Koordinierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten betreffend die selbstständigen Handelsvertreter. Zudem wurde die Gelegenheit benutzt, den Typus des Maklervertrages neu zu regeln. Handelsvertreter (Agenten) sind selbstständige Vertreter, welche im Namen eines oder mehrerer Unternehmer Geschäfte vermitteln, diese aber in aller Regel nicht selber abschliessen. Da sie, teilweise ausschliesslich, von der Vermittlung leben, rechtfertigt es sich, den Handelsvertretern einen gewissen Rechtsschutz zu gewähren. Vor allem sind ihre Rechte und Pflichten im Hinblick auf die Auflösung des Vertragsverhältnisses zu regeln. Ein Bedürfnis zur Neuregelung

des Maklervertrages ergibt sich in tatsächlicher Hinsicht aufgrund der starken Verbreitung des Maklergewerbes und in rechtlicher Hinsicht wegen der zunehmenden Bedeutung des Versicherungsgewerbes, welches sich beim Vertrieb seiner Dienstleistungen sehr stark der vermittelnden Tätigkeiten von Handelsvertretern und Maklern bedient. Mit einer Empfehlung hat die EU-Kommission die Trennung von Versicherungsmakler- und Versicherungsvertreteraktivität angeregt. Der wichtigste Grund hierfür liegt darin, dass Versicherungsagenten in einem wirtschaftlichen Abhängigkeitsverhältnis zu einem (oder mehreren) Versicherungsgesellschaften stehen, während Versicherungsmakler neutral zu sein und im Zweifel die Interessen ihres Klienten (des Versicherten) zu vertreten haben. Eine gleichzeitige Tätigkeit als Versicherungsagent und Versicherungsmakler wird daher inskünftig in diesem Bereich nicht mehr möglich sein.

Sanktionen gegenüber den Taliban (Afghanistan)

Die Regierung hat beschlossen, die vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen am 15. Oktober 1999 beschlossenen Sanktionen gegen die Taliban (Afghanistan) auch für Liechtenstein anzuwenden. Die Massnahmen (finanzielle Sanktionen und Flugembargo) wurden von der UNO erlassen, weil die Taliban sich weigern, den nach den Attentaten ge-

gen die amerikanischen Botschaften in Kenia und Tansania vom August 1998 gesuchten Osama bin Laden auszuliefern.

Durch diese Verordnung werden bereits existierende Gelder gesperrt und es wird ein Verbot erlassen, den Taliban und den namentlich aufgelisteten juristischen und natürlichen Personen Gelder

zu überweisen oder sonstwie zur Verfügung zu stellen. Luftfahrzeugen, welche im Eigentum der Taliban sind, von diesen gemietet oder für diese betrieben werden, ist die Benützung des liechtensteinschen Luftraums untersagt. Mit der Verordnung wird auch ein Verbot für die Ausfuhr und Vermittlung von Rüstungsgütern erlassen. (pafl)

Sanktionen gegenüber Myanmar (Burma)

Die Regierung hat beschlossen, gegen Myanmar (Burma) Sanktionen zu verhängen, die sich auf das Modell der von der EU in der gemeinsamen Stellungnahme des Europäischen Rats vom 26. April 2000 beschlossenen Sanktionen stützen.

Diese gemeinsame Stellungnahme der EU ist eine Fortsetzung jener vom 28. Oktober 1996 und bestärkt die bestehenden Sanktion: Einfrieren

der im Ausland gehaltenen Mittel von Personen, denen kein Einreise- oder Transitvisum ausgestellt wird, (d.h. der Mitglieder des Militärregimes im weitesten Sinne) und Verbot, Ausrüstungsgegenstände nach Myanmar zu liefern, die zum Zweck der internen Unterdrückung oder für terroristische Akte verwendet werden könnten. Die gemeinsame Stellungnahme des Europäi-

schen Rats vom 28. Oktober 1996 wurde als Reaktion darauf verabschiedet, dass der Demokratisierungsprozess in Myanmar keinerlei Fortschritte machte, die Menschenrechte andauernd verletzt wurden, die Ergebnisse der Wahlen vom Mai 1990 nicht respektiert wurden und sich das Militärregime weigerte, mit der EU in einen konstruktiven Dialog zu treten. (pafl)

NACHRICHTEN

Ministerkonferenz in Sintra (Portugal)

Vom 12. - 13. Oktober 2000 findet in Sintra (Portugal) eine Ministerkonferenz der Pömpidou-Gruppe statt, an der Regierungschef-Stellvertreter Michael Ritter, Marcus Büchel, Amt für Soziale Dienste, und Cornelia Marxer, Mitarbeiterin der Regierung, teilnehmen. Die Pömpidou-Gruppe ist eine Arbeitsgruppe innerhalb des Europarats zur Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Drogenmissbrauchs und des illegalen Drogenhandels. Die diesjährige Ministerkonferenz der Pömpidou-Gruppe steht im Zeichen verstärkter europaweiter Diskussionen zu einer gemeinsamen Drogenpolitik und widmet sich dem Thema «Risikosenkung als eine Komponente eines umfassenden und multidisziplinären Ansatzes zum Problem des Drogenmissbrauchs». In zwei Arbeitsgruppen werden parallel Aspekte der Sozial- und Gesundheitspolitik beziehungsweise der rechtlichen Regulierung und Durchsetzung im Bereich der Drogenpolitik diskutiert. Es ist zudem die Verabschiedung einer politischen Erklärung und des Dreijahres-Arbeitsprogramms für 2000 - 2003 vorgesehen. (pafl)

Exzellente Pensionsversicherung des Staates

Die Regierung hat den Jahresbericht und die Jahresrechnung 1999 der Pensionsversicherung für das Staatspersonal genehmigt. Die Jahresrechnung schliesst bei Einnahmen von 44.8 Mio. Franken und Aufwendungen von 24.1 Mio. Franken mit einem Ertragsüberschuss von 20.7 Mio. Franken. Die Aufwendungen verstehen sich inklusive einer Zuweisung an die Wertschwankungsreserve von 9 Mio. Franken. Die Wertschwankungsreserve dient zum Ausgleich allfälliger Anlageverluste und beträgt Ende 1999 19 Mio. Franken.

Die Vermögensertragslage hat sich deutlich verbessert; die durchschnittliche Nettoertragsrendite beträgt 8.04 Prozent (Vorjahr 6.21 Prozent). Damit steht die Pensionsversicherung exzellent da und kann die Risiken sowohl bei offener wie auch bei geschlossener Kasse voll decken. (pafl)

Schwangerschaft – die grosse Veränderung

SCHAAN: Am Samstag, den 4. November, findet in der Zeit von 9 bis 17 Uhr im Haus Stein-Egerta in Schaan, das Tagesseminar «Schwangerschaft – die grosse Veränderung» unter der Leitung von Christine Matt, statt. Dazu eingeladen sind werdende Eltern.

Die Kursleiterin, Christine Matt aus Ludesch, ist freipraktizierende Hebamme und energetische Therapeutin mit eigener Praxis in Ludesch. Auskünfte und Anmeldungen bei der Erwachsenenbildung Stein-Egerta, Schaan, Tel. 232 48 22.